

Postulat Eva Gammenthaler (AL): Überwindung des Kapitalismus: Fundierte Analyse des städtischen Handlungsspielraums

Wie aus seiner Antwort auf eine Interpellation der AL¹ hervorgeht, ist der Gemeinderat weder gewillt, noch besitzt er den nötigen Mut, über den Tellerrand hinauszublicken und ernsthaft über die Überwindung des Kapitalismus nachzudenken. Die systemische Frage ist die elementarste in der Politik. Dieser weicht der Gesamtgemeinderat jedoch aus.

Seinen Unwillen drückt er aus, indem er postuliert, dass es nicht die Aufgabe eines links-grünen Gemeinderats sei, eine Massnahme (die Überwindung des Kapitalismus) aus einem Parteiprogramm umzusetzen, dass er seinen Handlungsspielraum wahrnehme und keinen zusätzlichen Handlungsbedarf sehe. Dabei ist anzumerken, dass es sich nicht um irgendein Parteiprogramm handelt, sondern um eines, dem die grosse Mehrheit der Gemeinderät*innen zustimmen müsste. Die einen, weil Sie deren Forderungen explizit teilen und die anderen, weil sie sich in der Öffentlichkeit gerne als Angehörige der linksten Partei inszenieren.

Fakt ist: Die Überwindung des Kapitalismus ist eine zentrale Forderung jeder progressiven politischen Kraft.

In der Antwort auf die Interpellation werden Widersprüche sichtbar: zuerst wird von der Gestaltung der liberalen Wirtschaftsordnung gesprochen und dann werden Handlungsfelder bezüglich Wohnbaupolitik, Einbezug der Bevölkerung und Service Public angesprochen, die den Grundpfeilern des Liberalismus widersprechen. Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, dass die Stossrichtung dieser Handlungsfelder abzulehnen sei, aber sie beweist, dass sich der Gemeinderat der Problematiken des Kapitalismus sehr wohl bewusst ist und zaghaft daran arbeitet, dessen negativen Auswirkungen zu begrenzen. Das heisst, der Gemeinderat gestaltet nicht, sondern versucht einzudämmen

Es stellt sich an dieser Stelle also die drängende Frage, weshalb er die Gelegenheit nicht genutzt hat, ernsthaft über die Überwindung des Kapitalismus nachzudenken und den Mut aufzubringen den eigenen Worten Taten folgen zu lassen. Also tatsächlich etwas zu gestalten.

Die Mehrheitsverhältnisse in der Stadt Bern erlauben es endlich, die Forderung nach der Überwindung des Kapitalismus auf kommunaler Ebene zu überprüfen und anzugehen.

Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat aufgefordert, Folgendes zu prüfen:

1. Wie kann die Wirtschaft so weit demokratisiert werden, dass der Kapitalismus letztlich überwunden wird?
2. Welche weiteren Möglichkeiten bestehen, den Kapitalismus zu überwinden, falls der Kapitalismus durch die Demokratisierung der Wirtschaft alleine nicht überwunden werden kann?
3. Welche Umsetzungs- und Handlungsmöglichkeiten zur Überwindung des Kapitalismus und/oder der Demokratisierung der Wirtschaft gibt es auf städtischer Ebene?

Dieser Vorstoss wurde verfasst von Klingsor Reimann²

Bern, 28. Oktober 2021

Erstunterzeichnende: Eva Gammenthaler

Mitunterzeichnende: Tabea Rai, Jemima Fischer

¹ Antwort Interpellation Eva Gammenthaler: Überwindung des Kapitalismus, Geschäft: 2021.SR.000025

² Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegiertenfunktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nichtparlamentarisch-aktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der Verfasser_innen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die Urheber_innen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll)

Antwort des Gemeinderats

Zu den drei Prüfungsanliegen des Postulats nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Zu Punkt 1:

Die drohende Klimakatastrophe sowie Ungleichheiten zwischen arm und reich zeigen, dass Weitermachen im alten Trott bzw. im Status quo keine sinnvolle Option ist. Für den Gemeinderat steht vielmehr eine nachhaltige Gestaltung der Wirtschaftsordnung und deren sozial- und umweltverträgliche Ausrichtung im Sinne der *Sustainable Development Goals* (SDG) der UNO im Vordergrund und nicht die Überwindung des Kapitalismus.

Zu Punkt 2:

Wie bereits in seiner Antwort vom 12. Mai 2021 zur Interpellation Eva Gammenthaler (AL): Überwindung des Kapitalismus (2021.SR.000025) festgehalten, nimmt der Gemeinderat seinen Handlungsspielraum bereits heute wahr und will diesen weiter ausbauen, damit die Wirtschaft sozialer, demokratischer und ökologischer gestaltet wird.

Mit der Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung RAN2030 (siehe www.bern.ch/rahmenstrategie-nachhaltige-entwicklung) hat Bern als erste Deutschschweizer Stadt eine Rahmenstrategie, die sich an den SDG der UNO orientiert. Sie beschreibt zahlreiche laufende Projekte aus allen Richtungen und definiert folgende Handlungsschwerpunkte (HSP), wo in den nächsten Jahren bezüglich nachhaltiger Entwicklung Akzente gesetzt werden sollen:

- HSP 1: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Chancengleichheit
- HSP 2: Öffentliche Räume und Biodiversität
- HSP 3: Klimaschutz und Klimaanpassung
- HSP 4: Ökologischer, sozialer und innovativer Wirtschaftsstandort
- HSP 5: Städtische Finanzen
- HSP 6: Partizipation und Partnerschaften

Ziel dieser Strategie ist, dass auch den kommenden Generationen ein lebenswertes Zuhause erhalten bleibt. Solidarität und Gemeinschaft werden gepflegt, und alle können sich engagieren und die Entwicklung der Stadt mitgestalten.

Hervorzuheben ist dabei die Erarbeitung eines Masterplans Kreislaufwirtschaft für die Stadt Bern, die unter dem Handlungsschwerpunkt 4 – Ökologischer, sozialer und innovativer Wirtschaftsstandort – subsumiert wird. Die Kreislaufwirtschaft bedingt die Umstellung vom heutigen linearen Wirtschaftsmodell zu einer kreislauffähigen Wirtschaft, was einem tiefgreifenden und grundlegenden Transformationsprozess gleichkommt.

Ein Masterplan wird eine Grundlage schaffen, auf die sich die verschiedenen Anspruchsgruppen beziehen können. Der Gemeinderat setzt den Fokus dabei in einem ersten Schritt auf Pilotprojekte von verwaltungsinternen Tätigkeiten. Über die Umsetzung der Pilotprojekte wird dem Stadtrat im Herbst 2022 Bericht erstattet. Nach der Durchführung der Pilotphase sollen in einem weiteren Schritt erfolgreiche Pilotprojekte skaliert und weitere Potenziale für die Kreislaufwirtschaft erschlossen werden.

Zu Punkt 3:

Es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderats, aufzuzeigen, wie eine Massnahme aus einem Parteiprogramm umgesetzt werden soll. Demzufolge steht für den Gemeinderat nicht die Überwindung des Kapitalismus im Fokus, sondern wie beschrieben eine nachhaltige Gestaltung der Wirtschaftsordnung und deren sozial- und umweltverträgliche Ausrichtung mit einem starken Service public.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 23. März 2022

Der Gemeinderat